

# Bericht zur zweiten Runde der Parlamentswahlen in der Republik Litauen am 24. Oktober 2004

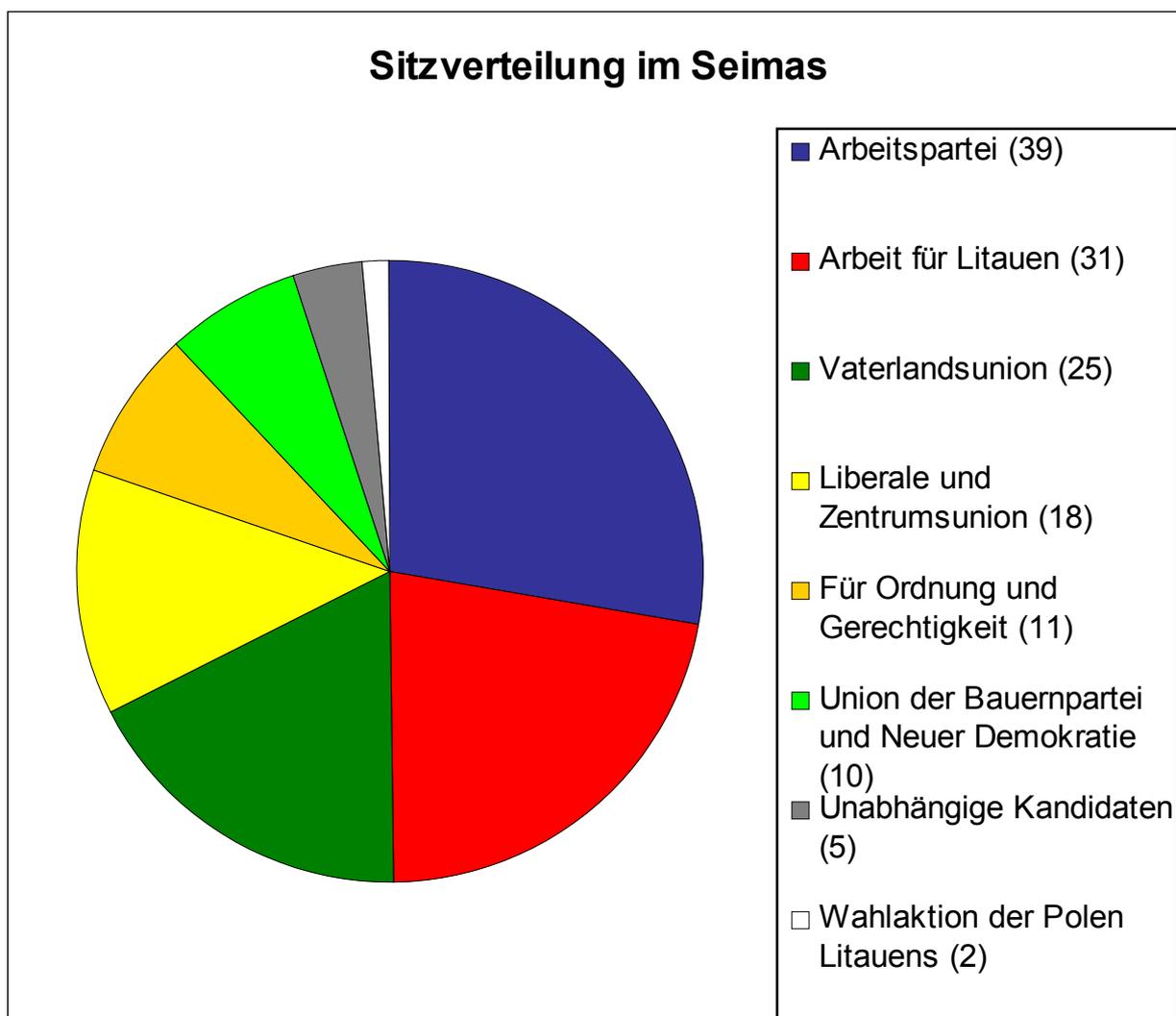
***Litauen durchlebt komplizierte Koalitionsverhandlungen***

***Arbeitspartei unter dem Populisten Uspaskich bildet die größte Fraktion***

***Ministerpräsident Brazauskas ist der Verlierer - will aber wieder das Amt des Premier bekleiden***

Am 24. Oktober fand in Litauen die zweite Runde der Parlamentswahlen statt. In der Stichwahl legte die populistische Arbeitspartei (AP) des aus Russland stammenden Millionärs Viktor Uspaskich deutlich zu. Die AP erhielt als stärkste Einzelfraktion insgesamt 39 Sitze.

Laut dem vorläufigen Endergebnis erzielten sechs führende Parteien des Landes folgende Ergebnisse:



Von den 141 Mandaten waren 71 in der ersten Runde über Parteilisten vergeben worden. Von den 70 Direktmandaten wurden nur vier mit absoluter Mehrheit gewonnen. In insgesamt 66 von 141 litauischen Wahlkreisen war eine Stichwahl notwendig geworden, weil dort bei der ersten Runde am 10. Oktober keiner der Kandidaten mehr als 50% der abgegebenen Wählerstimmen auf sich vereinte.

Die konstituierende Sitzung des Parlaments findet am 15. November statt. Laut Angaben des Vorsitzenden des Zentralen Wahlausschusses Zenonas Vaigauskas solle das amtliche Endergebnis erst in einer Woche veröffentlicht werden, weil es noch Nachzählungen in einigen Wahlkreisen gebe, wo die Wahl besonders knapp ausgegangen war.

### **Geringe Wahlbeteiligung**

Mit 40% der 2,48 Millionen Wahlberechtigten war die Beteiligung in der zweiten Runde sehr gering. Auch bei dem ersten Wahldurchgang vor zwei Wochen fiel die Wahlbeteiligung mit 44,3 Prozent niedrig aus.

### **Schwierige Suche nach einer arbeitsfähigen Regierungskoalition**

Für eine Mehrheit im litauischen Parlament werden insgesamt 71 Stimmen der 141 Abgeordneten benötigt. Um diese Zahl zu erreichen, müssen sich nach dem Ergebnis der Wahlen mindestens drei politische Gruppierungen zu einer Koalition zusammenschließen. Als Alternative käme auch eine Minderheitenregierung in Frage, die sich auf die Duldung einzelner Gruppen stützen könnte. Auf Grund der Interessenlagen der einzelnen Fraktionen und den häufig undeutlichen Vorstellungen über die politischen Zielsetzungen wird die Bildung einer stabilen Mehrheitskoalition nicht einfach sein. Dies zeigten bereits die Gespräche und Verhandlungen der ersten Tage nach den Wahlen:

### **Der „Uspaskich-Faktor“ dominiert die Verhandlungen**

Die Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Sozialliberalen (LSDP und NU/SL), die im neuen Parlament nur noch mit 31 Sitzen vertreten sein wird (sie hatte zuvor eine klare Mehrheit), hat noch in der Wahlnacht erste Gespräche mit den Konservativen (Vaterlandsunion) und Liberalzentristen (LZU) über die Bildung einer Koalition aufgenommen. Die angestrebte „Regenbogen-Koalition“ solle vor allem dem Zweck dienen, den als „größten Populisten“ bezeichneten Uspaskich von der Macht fern zu halten, so heißt es in der Stellungnahme der über die Koalitionsbildung verhandelnden traditionellen politischen Parteien.

Die etablierten Parteien befürchten, dass der aus Russland stammende Geschäftsmann Uspaskich Litauen von seinem prowestlichen Kurs abbringen könne. Darüber hinaus bezeichneten sie auch seine Wahlversprechen, Steuern zu senken, Arbeitsplätze zu schaffen und für einen höheren Lebensstandard zu sorgen, als unrealistisch und nicht umsetzbar. Auch der litauische Staatspräsident Valdas Adamkus hatte bereits in der vorigen Woche deutlich gemacht, dass er Uspaskich nicht mit der Regierungsbildung beauftragen wolle und sich lieber für die Kandidatur des amtierenden Ministerpräsidenten Brazauskas entscheiden würde.

Der konservative Parteichef der VU Andrius Kubilius erklärte seine Bereitschaft für ein Zusammengehen mit der bisherigen linken Regierung. „Eine Große Koalition ist möglich“, so der Partei-Chef der VU in der Wahlnacht. Kubilius verkündete aber, dass bei der Koalitionsbildung seine Partei die erste Geige spielen solle, weil seine Partei mehr Mandate als die Sozialdemokraten errungen habe.

Brazauskas erklärte hingegen, dass er eine Koalition mit dem jeweiligen Parteiblock nur in dem Fall eingehen werde, wenn er das Amt des Premierministers und seine Partei 7 Ministerposten behalten werden. „Ich stelle mir eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Sozialliberalen vor, die große Unterstützung bei den Mitte-Rechts Parteien haben wird“, so Brazauskas über die Aussichten der sogenannten Großen Koalition.

Unterdessen haben die Sozialdemokraten ihre ursprüngliche Linie verlassen und Verhandlungen über die Koalitionsbildung mit der Arbeitspartei von Uspaskich aufgenommen. Darauf hin verkündeten die Konservativen, dass sie die Gespräche mit der LSDP über die Regenbogen-Koalition aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen und Liberalzentristen nicht weiterführen werden. Die LSDP und NU/SL erklärten ihrerseits, sie werden auch weiter mit den Liberalzentristen verhandeln, aber diesmal über eine Minderheitsregierung aus LSDP, NU/SL und LZU.

Am 28. Oktober unterzeichneten die Sozialdemokraten aber ein Dokument mit der Uspaskich-Partei, das den offiziellen Auftakt der Verhandlungen zwischen LSDP, NU/SL und AP über die Bildung der regierenden Koalition bedeutet. Dem zu bildenden Gefüge wird sich auch die Union der Bauernpartei und Neuer Demokratie von Prof. Kazimira Prunskiene anschließen, „eingeladen“ wurden auch die Liberalzentristen von Zuokas. Der LZU-Chef erklärte nun wiederum, dass er den Beitritt seiner Partei zu der Koalition mit Uspaskich bezweifle, allerdings wird über diese Möglichkeit mit den Mitgliedern des Parteivorstandes beraten.

### **Litauen bekommt eine schwache Regierung**

Wie die zum Teil irrational geführten Koalitionsverhandlungen zeigen, wird Litauen in den kommenden Jahren mit komplizierten Mehrheitsverhältnissen für die Regierungsarbeit rechnen müssen. Offensichtlich schrecken die litauische politische Elite und auch der Staatspräsident davor zurück, den Sieger der Wahl, Uspaskich, mit der Regierungsbildung zu betrauen. Hingegen wird es dem Verlierer, Ministerpräsident Brazauskas, vermutlich gelingen, eine Koalition unter seiner Führung zusammenzubringen. Dabei wird er seinen politischen Gegner Uspaskich mit in die Regierung einbeziehen. An der Koalition beteiligt wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch die kleine Fraktion der Union der Bauernpartei und Neue Demokratie unter der Führung von Frau Prof. Prunskiene.

Es ist eher unwahrscheinlich, daß eine Koalition unter der Beteiligung dieser drei Partner die dringend notwendigen Reformen im Gesundheitswesen, in der Bildungspolitik und in der Regionalpolitik kraftvoll angehen und umsetzen kann. Die litauische Politik steht erneut vor einer schwierigen Phase. Ein entscheidender Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß die politische Elite des Landes und die Parteien nicht in genügendem Maße bereit waren, sich mit den Bürgern, ihren Nöten und Interessen *unmittelbar* auseinander zu setzen. Die Kluft zwischen den Bürgern und der politischen Elite ist immer noch sehr groß. Dies macht es Populisten einfach, mit unseriösen Versprechungen und Aktionen auf der Bühne der Politik zu erscheinen und aus dem Stand heraus Wahlerfolge zu erzielen.